

Wiesbaden, den 20. Februar 2026

Rechtspopulistischer Vorstoß des Innenministers

Handy-Ortung für Ausreisepflichtige: Innenminister Poseck überschreitet eine rote Linie

Die agah – Landesausländerbeirat Hessen verurteilt den Vorstoß von Innenminister Roman Poseck, ausreisepflichtige Menschen künftig per Handy orten zu lassen, aufs Schärfste.

Der Vorsitzende der agah, Enis Gülegen, erklärt: „Wer ernsthaft darüber nachdenkt, Menschen ohne Straftat mit Ortungstechnologie zu überwachen, stellt sie faktisch unter Generalverdacht. Was kommt als Nächstes? Sollen ausreisepflichtige Personen künftig auch noch eine elektronische Fußfessel tragen?“

Der Vorschlag des Innenministers bedeutet aus Sicht der agah einen gefährlichen Tabubruch. Hier werde nicht über Verwaltungsverfahren gesprochen, sondern über tiefgreifende Eingriffe in Grundrechte von Menschen, die sich in einem aufenthaltsrechtlichen Verfahren befinden, nicht im Strafvollzug.

„Das sind rechtspopulistische Forderungen, die absolut unangemessen und menschenfeindlich sind“, so Gülegen weiter. „Migration wird damit zunehmend als Bedrohung dargestellt und ganze Gruppen von Menschen unter Generalverdacht gestellt.“

Besonders problematisch sei, dass selbst aus fachlicher Perspektive der Nutzen fraglich ist, während der Eingriff massiv wäre. Statt Lösungen für tatsächliche Herausforderungen zu entwickeln, wird hier ein Klima des Misstrauens und der Stigmatisierung geschaffen.

„Wer Menschen ohne Straftat überwachen will, verlässt den Boden der Verhältnismäßigkeit. Solche Vorschläge tragen nicht zur Lösung von Problemen bei, sondern normalisieren staatliche Kontrolle über Schutzsuchende und Migrantinnen und Migranten.“

Die agah fordert den hessischen Innenminister auf, sich klar zu rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Prinzipien zu bekennen und von weiteren Verschärfungsdebatten Abstand zu nehmen.

„Migration darf nicht zum Experimentierfeld für immer neue Überwachungsfantasien werden“, so Gülegen abschließend.